

# «Entfacht die EU einen Wirtschaftskrieg, dann gibt es Gegenmittel»

Nico Menzato, Ruedi Studer (Interview) und Stefan Bohrer (Fotos)

**Blick** Herr Blocher, Sie lachen sich bestimmt schon ins Fäustchen!  
**Christoph Blocher:** Wieso? Der Bundesrat will rasch einen Rahmenvertrag abschliessen – und liefert Ihnen fürs Wahljahr 2019 damit mächtig Munition.

Auch das wird der Bundesrat zu verhindern wissen. Eine allfällige Volksabstimmung zum Rahmenvertrag wird sicherlich bis nach den Wahlen hinausgeschleppt. Für die Politiker wäre es im Wahljahr äusserst peinlich, hinstehen zu müssen und zu sagen: Wir sind dafür, dass in Zukunft die Schweizer ihr Stimmrecht für Schweizer Gesetze an die EU abgeben müssen. Sollen unsere Stimmbürger ihrer eigenen Entmachtung zustimmen? Wieso sperren Sie sich bereits fundamental gegen einen Rahmenvertrag, obwohl noch gar nicht klar ist, was die Schweiz in der Verhandlung herausholen wird?

Was klar ist, genügt, um klar Nein zu sagen: Die Schweiz müsste sich verpflichten, dass die EU für Schweizer verbindliche Gesetze macht. Die EU wird zum alleinigen Gesetzgeber für alles, was den europäischen Binnenmarkt betrifft. Was das sein wird, bestimmt ebenfalls die EU. Die Schweiz hätte nichts mehr zu bestimmen.

Sie übertreiben! Der Bundesrat strebt eine dynamische, keine automatische Rechtsübernahme an. Das Schweizer Volk kann zu neuem EU-Recht sehr wohl Nein sagen. Es kann Nein sagen, aber wird dann von der EU bestraft. Sie können auch in der Schweiz auf den Autobahnen 200 km/h schnell fahren. Sie haben diese Freiheit, stimmt. Nur: Sie müssen auch mit den Konsequenzen leben – mit der Strafe! Das wäre beim Rahmenabkommen dasselbe. Die EU bekäme mit dem Vertrag das Recht und die Pflicht, Gegenmassnahmen zu ergreifen, wenn die Schweiz nicht spüren würde.

Ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht – und nicht



Christoph Blocher im Gespräch mit den Blick-Redaktoren Nico Menzato und Ruedi Studer (v. l.) im Büro des alt Bundesrats in Männedorf ZH.

fremde Richter – würde entscheiden, ob solche Gegenmassnahmen angemessen sind oder nicht.

Also, als Vergleich: Wenn Sie das Gericht mit vier Monaten Strafe wegen zu schnellen Fahrens verurteilt, könnte noch ein Schiedsgericht urteilen, ob vier oder drei Monate Gefängnis angemessen wären. Nein, es geht um die schweizerische Freiheit. Wir dürfen einen solchen Vertrag nicht unterschreiben. Man will doch nicht allen Ernstes die schweizerische Demokratie abschaffen, nur, damit ein paar Exporteure ein bisschen einfacher exportieren können.

Es geht doch um mehr – etwa darum, dass die Schweizer Börsenäquivalenz wieder unbefristet gilt. Sie schaden mit Ihrer Fundamental-Blockade ganz bewusst der Schweizer Wirtschaft!

Die Schweiz kann das Börsen-Problem auf eigene Faust und ohne die EU regeln. Entsprechende Projekte laufen im Departement von Bundesrat Ueli Maurer bereits.

Aus EU-Sicht sind die bilateralen Verträge ohne Rahmenabkommen an einem Ende angelangt.

Im Gegenteil: Das institutionelle Rahmenabkommen ist das Ende des bilateralen Wegs. Denn dieser funktioniert nur dann, wenn zwei gleichberechtigte Seiten miteinander einen Vertrag abschliessen und nicht, wenn einer befiehlt. Der Rahmenvertrag ist wie ein bilateraler Mietvertrag, bei dem der Vermieter den Mietzins erhöhen kann und der Mieter diesen schlucken müsste,

wenn er nicht Sanktionen in Kauf nehmen will. Einen solchen Vertrag unterschreibt kein vernünftiger Mensch.

Ohne Rahmenabkommen bekommt die Schweiz keine neuen Marktzugangsabkommen mit der EU. Zum Nachteil für unser Land.

Wir brauchen auch keine bedeutenden Dinge. Sollte die EU mit Nadelstichen einen Wirtschaftskrieg entfachen, gibt es Gegenmittel. Bedenken Sie: 2016 verkaufte die EU Produkte im Wert von 262 Milliarden Franken in die Schweiz, diese in die EU nur für 220 Milliarden!

Ignazio Cassis hat der SVP als Bundesratskandidat versprochen, den Reset-Knopf zu drücken. Geändert hat sich praktisch nichts.

Wie erwartet nichts Wesentliches. Er kann weder aus seiner Haut noch aus seinem Umfeld fliehen. Nun legt er alten Wein in neuen Schläuchen vor. Aber es bleibt die Abschaffung der schweizerischen Demokratie, das dürfen wir nie akzeptieren. Ich kenne wenige Bundesräte, die nach den Wahlen gemacht haben, was sie vor den Wahlen versprochen haben. Ich war da eine Ausnahme. (lacht)

Wird der Widerstand gegen den Rahmenvertrag für Sie nochmals ein grosser Kampf wie gegen den EWR? Hoffentlich nicht nur für mich. Das ist jetzt schon meine politische Haupttätigkeit. Es gilt, den Kampf gegen die Abschaffung der schweizerischen Demokratie nicht nur zu führen, sondern zu gewinnen.

«Gegen das EU-Waffenrecht braucht es ein Referendum.»

Werden Sie den Posten als SVP-Strategiechef aufgeben, um sich voll auf Ihren Anti-EU-Kampf zu konzentrieren?

Bis jetzt ist beides möglich. Die Abstimmung kommt wohl erst 2020, da bleibt mir noch genügend Zeit zu entscheiden.

Dann bleiben Sie Strategiechef?

Die Strategie für die Wahlen 2019 steht bereits. Alles weitere haben wir bis zum 23. März 2018 zu entscheiden.

Braucht es jetzt nicht eine Verjüngung?

Doch, doch. Aber nur jung oder nur alt allein bringt nichts. Die Jungen haben mehr Energie, die Alten mehr Erfahrung, darum braucht es beide.

Ziehen Sie sich zurück, wenn Ihre Tochter in den Parteileitungsausschuss will?

Sie will nicht, obwohl sie eine starke Kraft wäre. Mein Rückzug hängt aber nicht von der Mitwirkung meiner Tochter ab.

Ein anderes Thema: Der Bundesrat will die EU-Waffenrichtlinie übernehmen. Was halten Sie davon?

Wieder ein fremder Ukas, der uns aufgezwungen wird. Dagegen muss man unbedingt das Referendum ergreifen, das würde ich unterstützen. Diese Richtlinie bedeutet eine Einschränkung unseres freiheitlichen Waffenrechts, das haben wir schon mehrmals abgelehnt. Ein erfolgreiches Referendum würde das Schengen-Abkommen in Gefahr bringen.

Und? Das ist in Kauf zu nehmen. Der Verlust des Abkommens würde uns laut Bundesrat Hunderte Millionen Franken kosten.

Nein, im Gegenteil: weniger Kosten, weniger Kriminalität und mehr Freiheit.

Haben Sie selber Waffen?

Natürlich. Ich bin ja Oberst a. D. der Schweizer Armee.



## Bundesrat passt EU-Verhandlungsmandat an Schiedsgerichte sollen Durchbruch bringen

Ein Schiedsgericht soll den Durchbruch in den Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen bringen. Es gibt in den bilateralen Verträgen nämlich dreierlei Recht: EU-Recht, Schweizer Recht und gemeinsames Recht, das extra für die Verträge gemacht wurde.

Gemäss Aussenminister Ignazio Cassis (56, Bild) sollen die «fremden Richter» des Europäischen Gerichtshofs über die Auslegung von EU-Recht entscheiden, für Schweizer Recht – wie die flankierenden Massnahmen zum Arbeitnehmerschutz –

wären weiterhin Schweizer Gerichte zuständig. Das Schiedsgericht wäre demnach für das gemeinsame Recht zuständig. Das Abkommen soll bald stehen, möglichst bis Ende Jahr.

Um die Verhandlungsmaschine ein wenig zu ölen, hat der Bundesrat ausserdem beschlossen, die Kohäsionsmilliarde an die osteuropäischen EU-Staaten zu zahlen.



## Camper ziehen nach Bern

Naturschützer wollen, dass der TCS-Campingplatz in Gampelen BE am Neuenburgersee verschwindet. Dagegen wehren sich die Camper. Am Montag überreichten sie der Berner Staatskanzlei eine Petition zum Erhalt ihres Platzes. Die Interessengemeinschaft (IG) Gampelen-Fanel sammelte seit Ende Januar 6190 Unterschriften. Die Unterschriftenbögen nahm der Berner Vize-Stadtschreiber Michel Walther entgegen. Hanspeter Mischler (65) von der IG



Die Camper vom Camping Fanel reichten am Montag die ersten Unterschriften ein.

sagt: «Es gibt kein Gesetz, das sagt, dass man einen Vertrag nicht verlängern darf.» Die Berner Kantons-

regierung möchte dem TCS erlauben, das Gelände im Naturschutzgebiet Fanel weitere 35 Jahre lang zu nutzen. Doch fünf Umweltorganisationen und das Bundesamt für Umwelt hatten gegen eine Verlängerung des Vertrags Beschwerde eingelegt. Die IG Gampelen-Fanel will auch nach der Übergabe der 6190 Unterschriften weitersammeln. Eine zweite Tranche von Unterschriftenbögen will sie Anfang Juli dem Kanton Bern übergeben. Gabriela Battaglia

## Emmis neuester Kraftakt

Die Milch macht's: 162 Millionen Franken Gewinn verbuchte Emmi-CEO Urs Riedener (52) im letzten Jahr – ein Plus von 15,1 Prozent. Lifestyle-Drinks wie Caffè Latte lassen die Kasse des grössten Schweizer Milchverarbeiters aus Luzern klingeln. Dazu gehören auch immer mehr Protein-Drinks. Eiweisse als Verkaufsargument? Proteine liegen im Trend, weil sie beim Abnehmen und beim Muskelaufbau zugleich helfen sollen. Dafür sind Schweizer

Konsumenten bereit, tief ins Portemonnaie zu greifen, weiss Riedener.

Der neue Energy-Drink «Milk High Protein Vanilla XXL» in der 500-ml-Flasche kostet im Handel 4.25 Franken. Bis anhin wurde der Drink mit 26 Gramm Protein angereichert. Neu werden es 40 Gramm sein. «Die Leute schreien nach Protein», sagt Riedener zu BLICK. «26 Gramm genügen nicht mehr. Also geben wir ihnen ab sofort 40 Gramm.» Die



kleine Flasche (3,3 dl) bleibt für 2.85 Franken im Sortiment.

Braucht man eigentlich so viel Protein? Laut den Ernährungsexperten stellen sich viele Konsumenten gar nicht erst die Frage, ob sie überhaupt Proteinshakes und Co. benötigen. Die Mehrheit konsumiert schon genug Eiweiss. Statt Shakes und Proteinprodukten für den Muskelaufbau reichen auch Quark und eine Banane. Patrik Berger